

Kreis soll die Kosten weiterhin tragen

13.12.2010

Elternbeiratsvorsitzende der Förderschulen wehren sich gegen die Streichung der Gelder für die Schülerbeförderung

Als ungerecht empfinden es Eltern, dass der Kreis die Gelder für die Schülerbeförderung gestrichen hat. Alle Elternbeiratsvorsitzenden der Förderschulen gaben am Wochenende eine gemeinsame Pressemitteilung ab.

BACKNANG/WAIBLINGEN (pm). „Von der Streichung betroffen sind Familien, deren Kinder auf Förderschulen, in Schulen für Sprachbehinderte oder Erziehungshilfe gehen. Diese müssen ab nächsten März 36,25 Euro pro Monat für die Beförderung ihres Kindes bezahlen. Das ist eine Mehrbelastung von über 400 Euro im Jahr“, heißt es.

Die Elternbeiratsvorsitzenden der Förderschulen im Rems-Murr-Kreis wollen stellvertretend für den Elternbeirat und die betroffenen Eltern diesen Beschluss hinterfragen. Ihre Kinder sind auf ein besonderes Bildungsangebot angewiesen. Dieses Bildungsangebot kann aus Kostengründen nicht wohnortnah angeboten werden. Deshalb sind diese Kinder auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

Die Eltern geben zu bedenken: „Sollte der Kreistagsbeschluss nachhaltig Bestand haben, hätte es zur Folge, dass Eltern von Grundschulkindern, die nachweislich einen sonderpädagogischen Unterrichts- und Förderbedarf haben, aus Kostengründen die wohnortnahe Grundschule wählen.“ Doch damit sei niemandem geholfen. Es diene nicht dem Wohle des Kindes und auch nicht den Grundschulen vor Ort. „Wir verstehen in diesem Sinne die Zuschüsse für die Schülerbeförderung nicht als Sozialleistung, sondern als Chance, unsere Kinder unabhängig der anfallenden Kosten richtig einzuschulen.“ Darüber hinaus würden die Förderschule, die Schule für Sprachbehinderte und die Schule für Erziehungshilfe mit diesem Beschluss indirekt infrage gestellt.

Die Eltern beziehen sich darauf, dass sich durch die Streichung 306000 Euro pro Jahr im Kreishaushalt einsparen ließen. Sie empören sich: „Dies entspricht nur 0,05 Prozent des Haushalts. Damit soll die Kreisumlage gesenkt werden.“ Sie appellieren an alle Verantwortlichen, den Beschluss zu überdenken und zu revidieren. Man solle sich, angefangen bei der Kreispolitik bis hin zur Bundespolitik, Gedanken machen, warum die Geburtenrate in den letzten Jahren immer weiter zurückgeht. „Wie soll man da noch motiviert sein, Kinder in die Welt zu setzen, wenn die Eltern immer mehr finanziell bestraft werden und die Unterstützung durch Zuschüsse und Subventionen gerade für Familien immer mehr abnimmt.“ Kinder, die auf Förderschulen gehen, bräuchten besonders das Gefühl der Geborgenheit, die Zeit und Liebe der Eltern. In der mit 20 Namen unterzeichneten Pressemitteilung wird abschließend gefordert, dass im Bereich der Förderschulen der ohnehin gesellschaftlich benachteiligten Kinder und Jugendlichen die Schulbeförderungskosten weiterhin vom Kreis getragen werden.

Dieser Artikel kommt von BKZ Online.

Die URL zu diesem Artikel lautet: <http://www.bkz-online.de/node/211025>

© Backnanger Kreiszeitung 2009, alle Rechte vorbehalten
